

Niederschrift  
über die  
Sitzung des Regionalrates  
am 28. September 2006  
in Herne

Beginn: 09.30 Uhr  
Ende: 12.30 Uhr  
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

## Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 28.09.2006

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 22.06.2006
5. **Schwerpunktthema:** Hinterlassenschaften des Bergbaus – Probleme, Aufgaben und Chancen aus der Sicht der Bergbehörde  
Vorlage 34/04/06
6. Sachstand zur Verwaltungsstrukturreform  
– Information  
Vorlage 35/04/06
7. Fußball-WM 2006  
– Nachlese/Erfahrungsbericht  
Vorlage 36/04/06
8. Bergwerk Donar  
– Information  
Vorlage 37/04/06
9. Regionalplan Mittelhessen  
– Information über Stellungnahme der Bezirksregierung und/oder Stellungnahme des Regionalrates  
Vorlage 38/04/06
10. Regionalplan Detmold, Teilabschnitt Paderborn-Höxter  
– Information über Stellungnahme der Bezirksregierung und/oder Stellungnahme des Regionalrates  
Vorlage 39/04/06
11. Mitteilungen
12. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt **Herrn Oberbürgermeister Schiereck** und **Frau Dr. Jülich** vom Westfälischen Museum als Gastgeber für die heutige Sitzung.

Darüber hinaus heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Anschließend richten **Herr Schiereck** und **Frau Dr. Jülich** Grußworte an die Mitglieder des Regionalrates.

- zu TOP 2: Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest und weist darauf hin, dass der Wortlaut des Schwerpunktthemas geändert wird. Es lautet:  
„Hinterlassenschaften des Bergbaus  
– Der Altbergbau im Ruhrrevier vor dem Hintergrund des geplanten Börsengangs der RAG“

Auf Wunsch von **Herrn Regierungsvizepräsidenten Kosow** wird TOP 6 vorgezogen und vor TOP 5 behandelt.

Auf Antrag der SPD Fraktion wird die Tagesordnung geändert. Unter TOP 11 wird das Thema „Umbesetzung der Kommissionen“ vor den Mitteilungen (neu TOP 12) und Anfragen (neu TOP 13) behandelt.

- zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Ulrich Finke** benannt.

- zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 22.06.2006.“

- zu TOP 6: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein von den Fraktionen der CDU und SPD abgestimmter Text für eine Resolution sowie ein Antrag von **Frau Weiß** vor (s. [Anlage II](#)). Der Regionalrat lehnt bei **2 Ja-Stimmen** und **3 Enthaltungen** den Antrag von Frau Weiß **mehrheitlich** ab.

Der Regionalrat fasst bei **einer Enthaltung einstimmig** den Beschluss, folgende Resolution an den Ministerpräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden im Landtag zu übersenden:

Der Regionalrat Arnsberg lehnt die vorgesehene Übertragung der Regionalplanung auf den RVR ab.

#### Begründung:

1. Der Regierungsbezirk Arnsberg bildet quasi spiegelbildlich das Land NRW ab:  
Ballungsraum, Ballungsrandzonen und der sog. Ländliche Raum dokumentieren Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken treffen aufeinander und bedürfen auch in Zukunft der Förderung und Fortentwicklung „aus einer Hand“.
2. Die bisherige Zuständigkeit von 3 Bezirksregierungen hat in keinem Fall zu Verzögerungen oder Koordinationsproblemen bei der Abstimmung über die Regionalplanung geführt. Notwendige Veränderungen der Regionalpläne sind bisher in keinem Fall durch die bisherigen Zuständigkeiten verhindert oder verzögert worden, wie z.B. die Entwicklung der Emscher-Lippe Region zeigt.
3. Die Förderung und Weiterentwicklung der vielfältigen wirtschaftlichen, strukturellen und politischen Verbindungen und Synergien, insbesondere in den Verflechtungsräumen kann im Fall einer vorzeitigen, eigenständigen RVR-Regionalplanung mit der „Rest“-Regionalplanung in Arnsberg, Düsseldorf und Münster kollidieren.

4. Zurzeit wird ein regionaler Flächennutzungsplan von den Städten Essen, Mülheim, Oberhausen, Bochum, Gelsenkirchen und Herne erarbeitet. Es sollten die Ergebnisse dieses neuen Instrumentes zumindest abgewartet werden, bevor man ohne Not voreilig die Regionalplanung verlagert.
5. Die in den Bezirksregierungen vorhandene Vernetzung der Gestaltung der Regionalpläne mit den Entscheidungen über die Förderprogramme in verschiedenen Bereichen und den regional bedeutsamen Verkehrsinfrastrukturprojekten hat sich als sinnvoll erwiesen und sollte beibehalten werden.
6. Da die personelle Ausstattung in den 3 betroffenen Bezirksregierungen für die Regionalplanung bestehen bleiben muss, entstehen dauerhaft zusätzliche Personal- und Sachkosten für die Einrichtung einer zusätzlichen Regionalplanung beim RVR. Statt Kosten zu sparen und Bürokratie abzubauen, werden neue Strukturen geschaffen, die mehr Geld kosten als bisher.
7. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind die geplanten Änderungen bei der Zuständigkeit für die Regionalplanung wenig zielführend im Sinne effektiver Planungs- und Verwaltungsstrukturen. Abgesehen davon erscheinen entsprechende „Vorab-Festlegungen“ ohnehin wenig sinnvoll mit Blick auf die angestrebte Neuordnung der Mittelinstanzen, die aus Sicht des Regionalrates Arnsberg ihrerseits noch eingehender Diskussion bedarf.

zu TOP 5: Die Folien zum Vortrag von Herrn Welz sind als [Anlage III](#) beigefügt. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von **Frau Weiß** vor ([s. Anlage III](#)). Die SPD Fraktion beantragt den Satz 2 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dahingehend zu ergänzen, dass er lauten soll:

Er unterstützt die Bemühungen der Bezirksregierung Arnsberg, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass nach dem Verursacherprinzip keine Handlungs-, Haftungs- und Kostenrisiken für das Land NRW *und die Kommunen* entstehen.

Der Regionalrat lehnt bei **einer Ja-Stimme** und **6 Enthaltungen** mehrheitlich den Antrag von Frau Weiß ab.

Im übrigen fasst der Regionalrat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat Arnsberg sieht in der Bewältigung der Folgelasten des Bergbaus eine gesamtstaatliche Aufgabe, die letztlich auch der regionalplanerischen Umsetzung bedarf. Er unterstützt deshalb die Bemühungen der Bezirksregierung Arnsberg, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass vor allem unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips keine Handlungs-, Haftungs- und Kostenrisiken für das Land NRW und die Kommunen entstehen. Deshalb versteht der Regionalrat die Bewältigung der Bergbauhinterlassenschaften als langfristige regionalplanerische und regionalwirtschaftliche bzw. strukturpolitische Daueraufgabe.

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 8: Es liegt ein Antrag von Frau Weiß vor ([s. Anlage IV](#)).

Der Regionalrat lehnt bei **2 Ja-Stimmen** und **2 Enthaltungen** mehrheitlich den Antrag von Frau Weiß ab.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 9: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:  
„Der Regionalrat nimmt die Stellungnahme der Bezirksregierung zustimmend zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  
1. Der Regionalrat nimmt die die Stellungnahme zur Kenntnis.  
2. Der Regionalrat schließt sich der Stellungnahme an.

zu TOP 11: Der Vorsitzende verabschiedet **Herrn Ostholt**, der zum 01.11.2006 aus dem Dienst bei der Stadt Dortmund und somit als beratendes Mitglied des Regionalrates ausscheidet. Als Nachfolger ist **Herr Sierau** von der Stadt Dortmund als beratendes Mitglied benannt worden.  
Es liegt ein Antrag der SPD Fraktion für die Umbesetzung der Planungskommission vor ([s. Anlage V](#)).

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:  
„Herr Ulrich Sierau wird als stimmberechtigtes Mitglied und Herr Karl-Friedrich Ostholt als stellvertretendes Mitglied der Planungskommission gewählt.“

zu TOP 12: Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt.  
**Herr Pendzich** erklärt, dass die SPD Fraktion weiterhin Bedenken wegen der Gültigkeit der Genehmigung der 17. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest/Hochsauerlandkreis) im Gebiet der Stadt Rüthen; Erweiterung des Abgrabungsbereiches „Kattensiepen“ hat und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Hinweise in der Genehmigung als Maßgaben zu werten sind. Nach Auskunft von **Herrn Liedmann** liegt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Entwurf eines Gutachtens zur rechtlichen Prüfung der Genehmigung vor. Das Gutachten soll in der nächsten Sitzung des Ältestenrates beraten werden. Über das Ergebnis wird zu gegebener Zeit im Regionalrat berichtet.

Es wurde u. a. eine Mitteilung über die Neubewertung der angemeldeten Maßnahmen zum Krankenhausinvestitionsprogramm 2007 verteilt. Hierzu merkt Frau Cziehso an, dass bei der Neubewertung der Projekte das Recht des Regionalrates auf Beteiligung gewahrt werden müsse. **Frau Geiß-Netthöfel** berichtet über eine Dienstbesprechung mit dem Ministerium in dieser Angelegenheit und sagt eine Beteiligung des Regionalrates in der nächsten Sitzung zu. **Herr Regierungspräsident Diegel** informiert über ein Gespräch mit Herrn Minister Laumann. Demnach ist der Kriterienkatalog mit den Krankenhausträgern abgestimmt und es soll im wesentlichen verhindert werden, dass von Insolvenz bedrohte Krankenhäuser gefördert werden.

zu TOP 13: **Frau Weiß** kündigt eine schriftliche Anfrage zur Darstellung der einzelnen im Jahresförderprogramm (JFP) aufgeführten Förderprogramme an.

Darüber hinaus fragt **Frau Weiß** an, welche konkreten Maßnahmen die Bezirksregierung für die sog. Hotspot-Flächen veranlaßt hat, wie die Einhaltung des Grenzwertes von 100 Nanogramm PFT im Trinkwasser sichergestellt

werden soll und ob weitere Auflagen für die Wasserwerke geprüft werden. Zur Frage der Auflagen für Wasserwerke verweist **Herr Eickhoff** auf die sog. Arnsberger Erklärung (s. Anlage VI). Hinsichtlich der Sicherstellung der Grenzwerte kündigt er weitere Kontrollen an. Im Regierungsbezirk gibt es zwei Flächen, die als Hotspots bezeichnet werden können. Z. Z. wird mit Gutachtern geklärt, wie und inwieweit man sanieren kann. Herr Eickhoff sagt zu, den Regionalrat zu informieren, sobald neue Erkenntnisse vorliegen.

**Herr Ewald** beantragt, die Novellierung des ÖPNV-Gesetzes auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen und hierzu einen Vertreter des Ministeriums einzuladen.

**Herr Droege** verabschiedet Herrn Meier und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 12.30 Uhr.

.....  
Droege, Vorsitzender

.....  
Finke, Ratsmitglied

.....  
Wenner, Schriftführerin